

MENSCHENRECHTSVERLETZUNGEN IN



MEXIKO



Begünstigung von unfairen Gerichtsverfahren

Im Oktober 2025 verabschiedete der Senat eine Reform des Amparo-Gesetzes. Mit Amparo-Verfahren konnten Mexikaner*innen bisher gegen verfassungswidriges Regierungshandeln vorgehen, u. a. mittels Sammelklagen und auch dann, wenn sie nicht unmittelbar selbst betroffen waren. Durch die Reform wurden Einspruchsmöglichkeiten der Bürger*innen deutlich eingeschränkt.

Morde an Menschenrechtsverteidiger*innen

Laut einem im Mai 2025 veröffentlichten Bericht der NGO Front Line Defenders war Mexiko das Land mit der zweithöchsten Zahl an getöteten Menschenrechtsverteidiger*innen weltweit.

Morde an Journalist*innen

Laut Reporter ohne Grenzen war Mexiko nach wie vor eines der gefährlichsten Länder für Journalist*innen. Der NGO Article 19 zufolge wurden 2025 sieben Journalisten wegen ihrer Berichterstattung getötet.

Auflösung friedlicher Versammlungen

In mindestens 14 mexikanischen Bundesstaaten begingen die Behörden auch weiterhin Menschenrechtsverletzungen bei Demonstrationen. Im Bundesstaat Puebla ging die Polizei im August und September 2025 gegen zwei von Frauen organisierte Proteste vor.

Außergerichtliche Hinrichtungen

Am 6. Mai starben zwei Mädchen im Alter von sieben und elf Jahren, als Angehörige des 42. Infanteriebataillons in der Gemeinde Badiraguato im Bundesstaat Sinaloa auf ein Fahrzeug schossen. Überlebende des Vorfalls wiesen die ursprüngliche offizielle Darstellung zurück, wonach die Schüsse als Reaktion auf einen Angriff auf das Militär abgegeben wurden.

Rechte von Geflüchteten und Migrant*innen

Im Februar 2025 entsandte Mexiko 10.000 Angehörige der Nationalgarde an die US-Grenze. Migrant*innen und Flüchtlinge, die durch Mexiko reisten, waren weiterhin gezwungen, an den im ganzen Land eingerichteten Grenzkontrollpunkten widerrechtliche Zahlungen an mexikanische Behörden, Mitglieder krimineller Banden oder Unbekannte zu leisten. Sie waren zudem häufig Erpressung und Entführung ausgesetzt und hatten Schwierigkeiten, Zugang zu medizinischer Versorgung, Bildung und Beschäftigung zu erhalten.

Verschwindenlassen

Die Zahl der vermissten Personen stieg seit dem Vorjahr um 10,5 % an. Im Dezember 2025 betrug die Zahl dieser Fälle insgesamt 133.500. Angesichts des unzulänglichen Handelns der Behörden führten Angehörige von Verschwundenen – meist Frauen, die sich in Kollektiven organisiert hatten – eigene Suchaktionen durch und fanden Hunderte von menschlichen Überresten, einige davon verbrannt, sowie geheime Gräber.

Tötungen von Frauen und Mädchen

Bis November 2025 hatten die Staatsanwaltschaften 2.589 Ermittlungsverfahren wegen Tötungsdelikten an Frauen eingeleitet. 672 davon wurden als mögliche Feminizide eingestuft.

Hassverbrechen gegen LGBTI+

Die Nationale Beobachtungsstelle für Hassverbrechen gegen LGBT (El Observatorio Nacional de Crímenes de Odio contra Personas LGBT) registrierte 2025 mindestens 17 Morde an trans-Frauen. Zwischen Juni und Juli 2025 nahmen allerdings sechs der 32 Bundesstaaten Feminizide an trans-Frauen (Transfeminicidio) als Straftatbestand in ihre jeweiligen Strafgesetzbücher auf.

Folter und andere Misshandlungen

Im Global Torture Index 2025 der Weltorganisation gegen Folter wurde Mexiko als Land eingestuft, in dem Menschen einem hohen Risiko von Folter und anderen Misshandlungen ausgesetzt sind. Folter sei weit verbreitet und bliebe straffrei.

Armut

Laut einem im August 2025 vom Nationalen Institut für Statistik und Geografie (Instituto Nacional de Estadística y Geografía) veröffentlichten Bericht waren 2024 29,6 % der Bevölkerung von mehrdimensionaler Armut betroffen.

Zunahme der Binnenvertriebenen

Im Juni 2025 veröffentlichte das Menschenrechtsprogramm der Iberoamerikanischen Universität einen Bericht, der einen Anstieg der Zahl von Binnenvertriebenen von mindestens 12.623 Menschen im Jahr 2023 auf mindestens 28.900 im Jahr 2024 dokumentiert. 79 % aller Vertreibungen waren auf Gewalt und 20 % auf soziale Ursachen oder Naturkatastrophen zurückzuführen.

